

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Redaktion 3141.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 50.

Breslau, Dienstag, den 29. Februar 1916.

27. Jahrgang.

Zur Süden von Verdun!

Großes Hauptquartier, 29. Februar 1916. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsbildungsplan.

Die verstärkte Artillerietätigkeit hielt an vielen Stellen an.

Ostlich der Maas stürmten wir ein kleines Panzerwerk dicht nordwestlich des Dorfes Douaumont. Erneute feindliche Angriffsversuche in dieser Gegend wurden schon in der Entwicklung erstickt.

In der Woivre überschritten unsere Truppen Dieppe, Abancourt, Blanche. Sie säuberten das ausgedehnte Waldgebiet nordöstlich von Watronville und Sandiomont und nahmen in tapferem Anlauf Manheulles, sowie Champlon.

Bis gestern Abend waren an unverwundeten Gefangenen gezählt 228 Offiziere, 16575 Mann. Ferner wurden 78 Geschütze, darunter viele schwere neuester Art, 86 Maschinengewehre und unübersehbares Material als erbeutet gemeldet.

Bei der Ortschaft Thiville (nordöstlich von Vauville) wurde ein vorwärtiger Teil der französischen Stellung angegriffen und genommen. Eine größere Anzahl Gefangener blieb in unserer Hand.

Ostlicher und Sallan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Oberste Dienststellung.

Eine neue Durchbruchsstelle.

Während der Kampf vor den Wällen von Verdun mit unverminderter Heftigkeit fortbauert und das Vordringen an dem entscheidenden Nordost-Sektor der Stellung eine Weile zum Stehen gekommen ist, weil die Gegner starke neue Kräfte einsetzen — nach Briand ein ganzes Armeekorps! — ist an einer anderen Stelle der französischen Front ein Durchbruch vor sich gegangen. In der Champagne, etwa 40 bis 50 Kilometer von Reims, an der Straße von Somme nach Souain, ist es gelungen, etwa 1600 Meter breit in die französische Stellung einzubrechen und abermals 1000 Gefangene mit 23 Kanonen zu machen. Die Stelle ist nicht allzuweit von dem Kampfplatz bei Verdun entfernt, etwa 60 Kilometer, und fällt also fast die Mitte zwischen Reims und Verdun. Der französische Bericht erwähnt diesen neuen Kampfplatz noch nicht und auch in Paris ist die neue Ueberrachung noch nicht bekannt geworden, als die letzten Zeitungen erschienen.

Für den Fortana der Kämpfe vor Verdun muß man heute den französischen Bericht zu Rate ziehen. Während von der deutschen Presse seitens der Maas abwärts um Champneuville besetzt und das Herantreten der Front an den Fuß des steilen Gebirgszuges der Côte Lorraine verzeichnet wird, läßt sich der französische Bericht mehr über den mittleren Teil des Kampfplatzes, über die Gegend von Douaumont aus. Von dem Fort selbst wird behauptet, daß es keinerlei Geschütze und keine Infanterie mehr trug, weil nach den Erfahrungen von Lutich und anderen Festungen darin nur eine Falle gefunden werden konnte. Die Artillerie wie die Infanterie seien auf Feldstellungen verteilt gewesen. Trotzdem habe man natürlich das Fort zurückerobern versucht und die Abhänge des Saars seien mit deutschen Leichen bedeckt. Da die Franzosen östlich und westlich an das Fort angedrungen seien, wäre die Lage der deutschen Truppen darin gefährlich. Zu leicht wird jedoch zugesehen, daß die Nachbarstellung Cole de Talon für beide Teile durch das Feuer der Artillerie unhaltbar geworden ist. Schließlich wird noch das vergebliche Anstürmen der Deutschen in die Woivre-Ebene behauptet und auf den Schneefall in dem ganzen großen Festungsgürtel hingewiesen.

Die Pariser Zeitungen bemühen sich krampfhaft, keine Unruhe über die Schlacht bei Verdun aufkommen zu lassen. Durch alle Blätter geht die Version, daß Douaumont von

den Franzosen wieder erobert sei. Ja, der „Temps“ verleiht sich sogar zu der kühnen Behauptung, daß das preussische Regiment, das anfangs in die Feste Douaumont eingebracht werden konnte, dort jetzt eingeschlossen sei, da die französische Infanterie darüber hinaus Boden gewonnen habe. Alle Kritiken haben aber die ungeheure Wucht des deutschen Angriffes hervor. Der Eisenhagel, der über die Werke niedergegangen sei, sei der furchterlichste gewesen, der jemals auf ein Stückchen Erde herabgeprallt sei, sagt Oberst Roufflet.

Auch die englischen Blätter bemühen sich weiter, zu beruhigen. Die „Times“ schreibt in einem Leitartikel: Wie die Franzosen meldeten, wurde das Fort Douaumont in den ersten Krisenmonaten abgerüstet. Es befanden sich keine Kanonen und keine Mannschaften darin. Diese Erklärung ist ebenso wichtig wie einfach. Moderne Forts seien dazu verurteilt, fallen für das Kanonenfeuer zu werden, wie Lutich bewiesen habe. Als Sarrail die ganze Strecke von Verdun zu verstärken begonnen habe, wären die Kanonen aus dem Fort Douaumont und vielleicht auch aus anderen Stellen entfernt und in gedeckter Stellen gebracht worden. Die Deutschen hätten also nur das verlassene Bauwerk gefunden. „Times“ verleiht sodann, die Eroberung des Forts als ohne Bedeutung hinzustellen. Der militärische Mitarbeiter der „Times“ beklagt, daß die Jahreszeit und der Zustand des Geländes die Russen und die Italiener noch verhindern, einen Druck auszuüben. Man muß Verdun als einen Teil der Linie der Verbündeten betrachten, nicht als Festung. Permanente Fortifikationen sind in diesem Kriege wegen der großen Kraft der schweren Haubitzen nicht länger von Bedeutung. Alles, was bisher geschehen ist, wäre, daß ein besonders verwundbarer vorwärtiger Teil der Front eingedrückt ist, ebenso wie dies an anderen derartigen Punkten schon früher geschehen ist.

Was in Frankreich am meisten beunruhigt, ist die gänzliche Unklarheit über den Punkt, auf welchen die deutsche Heeresleitung das Hauptgewicht legt. Man hat zwar die gesamte Frontbesetzung aus Verdun entfernt, weißt aber immer noch, ob hier wirklich der Hauptschlag geplant ist. In dieser Zurückhaltung liegt natürlich ein Teil des Erfolges und die vielfachen Fragen können in Deutschland eben wenig als in Frankreich Verantwortung finden. Wir wissen nur aus den Vorwärtigen im Osten, wo der Bewegungsfeld länger als im Westen gedauert hat, daß gelungene Ueberraschungen des Gegners die wichtigsten Siege einbrachten.

Gewitterschwüle.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Nachdem man moratelang gehofft hatte, daß die „Lufftiana“-Affäre durch die Erklärungen der deutschen Regierung und durch das in ihnen enthaltene Entgegenkommen beigelegt und die Entschuldigungsarbeiten für spätere Zeiten verlagert werden würden, hat sich, wie bekannt, von Amerika aus eine geradezu entgegengesetzte Beurteilung geltend gemacht. Ohne allen Zweifel hat der Präsident der Vereinigten Staaten erklären lassen, daß die Vereinigten Staaten den U-Bootkrieg gegen bewaffnete Handelsschiffe und erst recht gegen feindliche Peronenampfer als völkerrechtswidrig und damit als Grund zum Eingreifen Amerikas ansehen. Wenn dieses Eingreifen Amerikas zunächst wohl auch nur in einem Abbruch seiner diplomatischen Beziehungen zu Deutschland bestehen sollte, so war damit doch die Lage der deutschen U-Bootkriegführung in ein so schwerwiegendes Stadium gebracht worden, daß die deutsche Regierung sehr gute Gründe hatte, in erneute Verhandlungen und in eine besondere erneute Unternehmung der ganzen Angelegenheit einzutreten. Man weiß, daß eine neue Note an Amerika ging und zu gleicher Zeit eine besondere Denkschrift der deutschen Regierung herauskam, die — wenn auch offiziös erklärt wurde, daß zwischen beiden kein innerer Zusammenhang bestünde — doch ein ganz neues Bild für die Beurteilung der U-Bootkriegführung gegen England ergab. Durch die Denkschrift wurde bekanntlich erwiesen, daß die englische Admiralität ausdrücklich und befehlsmäßig die sämtlichen englischen Handelsschiffe zur Bewaffnung angehalten und damit nicht nur zur Abwehr gegen deutsche Schiffe, sondern auch zum Angriff auf sie gerüstet hatte. Die deutsche Regierung erklärte daraufhin, daß sie nunmehr auf Grund dieser allerniedrigsten Feststellungen jedes bewaffnete feindliche Handelsschiff als Kriegsschiff betrachten und demgemäß behandeln werde. Das erickten außerordentlich lautlich und bei

notwendigkeiten angepasst, wenn es auch naturgemäß dazu beitragen mußte, die Furchtbarkeit des Krieges noch zu verschärfen. Aber die Schuld hierfür liegt nicht an der deutschen Regierung, sondern an der englischen Seekriegführung. Jetzt haben sich weitere Erörterungen über diese Denkschrift und Note zu machen entpinnen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten sich bewegt gefühlt hat, in einem besonders herausfordernden Briefe an einen Senator gegen Deutschland Stellung zu nehmen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat nun am Sonnabend Abend erklärt, daß Präsident Wilson, der in dem neuen Verhalten der deutschen Seekriegführung einen weiteren Schritt gegen völkerrechtliche Gewohnheiten sah, die deutsche Denkschrift noch nicht zu Gesicht bekommen habe und daß andererseits die deutsche Regierung nicht daran denke, den U-Bootkampf irgendetwie zu mildern, vielmehr werde er in der verklärten Form gegen feindliche bewaffnete Handelsschiffe zur bestimmten Zeit beginnen.

Damit hat die Situation zwischen Deutschland und Amerika eine neue Verschärfung erfahren, die je nach dem Standpunkt der einzelnen Blätter und Parteien zu den Fragen der Kriegführung außerordentlich verschieden gewertet wird. Bestimmte Blätter, denen es gar nicht darauf ankommt, ob Deutschland einen Feind mehr oder weniger zu bekämpfen — und dann hoffentlich auch zu besiegen — hat, haben ein neues Kampfgeschrei aus und wollen jede weitere Verhandlung mit Amerika abgelehnt wissen. Andere Blätter wieder sind ruhiger, stehen aber auch auf dem Standpunkt, daß durch Verhandlungen mit Amerika nicht mehr viel erreicht werden könne. Diese Anschauung kann sich darauf berufen, daß je länger je mehr alle Gründe und Beweise der deutschen Regierung an bestimmten Abstrichen und an der vorgeschlagenen Meinung Wilsons abzurufen scheinen. Da der Präsident der Vereinigten Staaten in dem

Politik fast ausschlaggebend für seine ganze Regierung ist, so können die vernünftigen Stimmen im Senat und im Repräsentantenhaus, wie auch in Nordamerikas Presse und Volk kaum zur Geltung kommen und wenn nicht noch bestimmte Wahrheitsfakten Herrn Wilson zwingen, sich den Vernunftgründen zu nähern, so besteht die große Gefahr, daß das Verhältnis zu Amerika sich — nicht durch deutsche Schuld — außerordentlich verschlechtert. Wir würden in einer solchen Verschlechterung unserer Beziehungen zu Amerika etwas außerordentlich Betrübenendes sehen und sind daher nach wie vor der Auffassung, daß mit allen Mitteln der Diplomatie, aber auch der tatsächlichen Beweisführung eine solche enge Spannung zwischen Amerika und uns vermieden werden müsse. Es kann für Deutschland nicht gleichgültig sein, ob es in diesem Kampf gegen eine Welt einen Feind mehr oder weniger hat, es kann für die Vereinigten Staaten ebenso wenig gleichgültig sein, eine Politik zu führen, die mit der Herkunft der Nationalität und den tiefsten menschlichen Beziehungen so vieler ihrer tüchtigsten Einwohner in schärfstem Widerspruch stehen müßte. Man wird sich auch in Amerika sagen, daß die militärischen Wirkungen eines Eingreifens der Vereinigten Staaten auf die Zentralmächte in gar keinem Verhältnis stehen würden zu der unannehmen Unruhe und zu dem gewaltigen Risiko, das diese Verhandlungen zwischen Amerika und Deutschland mit sich führen. Es ist begreiflich, daß Deutschlands neueste und beste Seekriegswaffe sich nicht in jede Masche des Völkerrechts einpassen kann, noch begreiflicher aber und für jeden vorurteilsfreien Menschen selbstverständlich ist es, daß eine so unvergleichliche Waffe bei einem Volk nicht ungenutzt bleiben kann, das zur See im wahren Sinne des Wortes gegen eine Welt von Feinden zu kämpfen hat. Herr Wilson scheint eine ungeheure Verantwortung auf sich laden zu wollen.

Die Politik unserer Partei.

Von E. Bernstein.

I. Die Fragestellung.

Die Redaktion der „Volkswacht“ hat in ihrem Artikel „Sie wollen keinen Frieden“ — „Volkswacht“ vom 17. Februar — an Neuforderungen des Londoner „Daily Telegraph“ und des Pariser „Temps“ über die Fortsetzung des Krieges bis zum Sieg der Ententemächte einige Bemerkungen angeknüpft, die sich an die Minderheit der Reichstagsfraktion unserer Partei richten. Es sei mir gestattet, Einiges hierauf zu antworten, wozu meinerseits ein umso größerer Bedarf mir Gelegenheit gibt, wenigstens die Grundgedanken der Politik, die meines Erachtens von der deutschen Sozialdemokratie mit Bezug auf den Krieg eingehalten werden sollte, vor den Breslauer Parteigenossen darzulegen.

Vorausgeschickt will ich, daß ich selbstverständlich in die scharfe Beurteilung der hochfahrenden Sprache des „Temps“ durch die „Volkswacht“ durchaus einstimme. Diese Sprache und die politische Denkweise, der sie Ausdruck gibt, müssen als verbrecherische Frivolität auf das Entschiedenste gebrandmarkt werden. Sie sind Ausflüsse eines Chauvinismus, den die Sozialdemokratie mit der größten Energie bekämpfen muß, wo immer er sich zeigt und in welcher Form er auch auftreten mag.

Ihre geht indes die Redaktion der „Volkswacht“, wenn sie den „Temps“ als das französische Regierungsblatt bezeichnet. Das ist der „Temps“ ebenso wenig wie die Londoner „Times“ das Organ der englischen Regierung ist. Mit Bezug auf das letztere Blatt faßt vor etwa Jahresfrist ein englischer Kabinettsminister zu einem Angehörigen eines neutralen Landes, der mit ihm über Friedensmöglichkeiten sprach, man begehe auf dem Festland einen großen Fehler, wenn man immer schlechthin von Neuforderungen der „Times“ rede. Das erwecke falsche Vorstellungen über die Bedeutung dieser Neuforderungen. Man solle lieber sagen: „Das Organ des Lord Northcliffe“. Der „Temps“ ist das Mundstück bestimmter Kreise der kapitalistischen Bourgeoisie Frankreichs, deren Einfluß sicherlich nicht gering ist, die aber keineswegs die Mehrheit des Landes oder der Kammer hinter sich haben und durch höchstens zwei oder drei Personen in der Regierung vertreten sind. Die Parteien, die durch die Wahlen vom Mai 1914 die Mehrheit in der Kammer erlangt haben, haben ihren Sieg gegen die Parteien erworben, deren Organ der „Temps“ ist, und ihre Vertreter bilden die Mehrheit der Regierung. Man geht also durchaus fehl, Neuforderungen des „Temps“ als Kundgebungen des maßgebenden Teils der Regierung der Republik aufzufassen. Sie sind oft eher das Gegenteil.

Dies feststellen heißt natürlich nicht bestreiten, daß man in den Regierungen der Ententemächte noch an einen möglichen Sieg über die Zentralmächte glaubt, daß, um mit der Redaktion der „Volkswacht“ zu sprechen, die endliche Einheit der gegenwärtigen Regierungen in die Unüberwindlichkeit der Zentralmächte sich noch nicht eingestellt hat, und daß daher jene kurzzeit noch nicht Frieden machen wollen. Das ist leider Tatsache, und niemand kann die Fortdauer des entsetzlichen Mordens mehr bedauern als der Schreiber dieses. Aber wir fürzen es nicht durch Entrüstungsausbrüche ab, ändern es nicht dadurch, daß wir uns durch die frevelhafte Sprache von Scharfmacherorganen im gegenseitigen Lager, die ja leider ihre Gegenstücke haben, in eine Hitze bringen lassen, unter der die so notwendige ruhige Ueberlegung darüber, was wir tun können, um Besserung herbeizuführen, unvermeidlich Schaden leidet.

Die Anschauungen der gegnerischen Regierungen über die Aussichten der Fortsetzung des Krieges mögen so falsch sein wie nur denkbar, sie sind da, und sie werden drüben von Leuten geteilt, die niemand für Phantasten erklären wird, und bilden die Hoffnung von Leuten, die über den Verdacht frei sind, chauvinistische Ansichten und Absichten zu hegen. Im Guten und Schlechten sind auch Illusionen Realitäten, und sie werden zu einem gewichtigen politischen Faktore, wo sie das Rechtsempfinden großer Massen zur Unterstützung haben. In England und in Frankreich ist der politische Einfluß der Arbeiterparteien stark genug, die Fortsetzung des Krieges außerordentlich zu erschweren, wenn diese Parteien ernsthaft wollen, daß er abgebrochen werde, ehe die Zentralmächte besiegt seien. Der jüngste Kongreß der französischen Sozialdemokratie wie der soeben abgehaltene Kongreß der großen britischen Arbeiterpartei haben aber ge-

zeigt, daß dieser Wille nicht einmal bei allen Vertretern der radikalen Minderheit vorhanden ist. Sehen wir jedoch von der einzigen Frage Elsass-Lothringen ab, die von den französischen Sozialisten als eine Frage demokratischen Rechts betrachtet wird, so ist auf beiden Kongressen der entschiedene Wille zum Ausdruck gekommen, dafür zu wirken, daß der Friedensschluß einen wirklichen Frieden zwischen den jetzt sich bekriegenden Völkern herbeiführt. Als der Führer der sozialistischen Kammerfraktion Frankreichs, Pierre Renaudel, der mit Jean Longuet von der Fraktion zum Kongreß entsandt war, in der Ansprache ausführte, die französischen Sozialisten seien sich dessen bewußt, daß man „weder die politische Zerstörung noch die ökonomische Verwüstung Deutschlands wollen darf“, begleitete der Kongreß diese Worte mit lautem Beifall. Renaudel fuhr fort:

Aber der Friedensvertrag muß Bedingungen enthalten, die wir als ideal bezeichnen könnten: die Notwendigkeit obligatorischen Schiedsgerichts zwischen den Nationen, Unterdrückung der geheimen Diplomatie (langandauernder Beifall), Unterdrückung oder Beschränkung der Rüstungen. Hat der Friede keinen solchen Abschluß, so werden die Völker eine Zukunft ohne Sicherheit vor sich haben. Diese Bedingungen eines dauernden Friedens sind bisher von allen Sozialisten einmütig gefordert worden. Heute aber müssen diese, um die Wiederkehr der Katastrophen und des Glucks einer so großen Katastrophe zu verhindern, die Notwendigkeit nicht bloß mit den Lippen als eine inhaltlose Formel, sondern als eine Regel lebendiger Aktion proklamieren.

Man darf sich übrigens nicht verheimslichen, daß man den preussischen Staat und den preussischen Militarismus, als Systeme der Degeneration und Verherrschung bezeichnen, schwerer dazu bringen wird, einen solchen Friedensschluß zu akzeptieren, als in Gebietsveränderungen einzuräumen. Um ihn zu erlangen, wird die Gewalt der Waffen vielleicht nicht ausreichen, und um schnell erlangt zu werden, bedarf ein solcher Friede der energischen Aktion des deutschen Volkes selbst.

Dies die Auffassung der Mehrheit der französischen Sozialisten, von der geleitet sie erklären, nicht eher in eine Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen willigen zu können, bis nicht die deutsche Sozialdemokratie ihre entschiedene Opposition gegen die Reichspolitik in Wort und Tat — durch ihre Abstimmungen — kundtut.

Deutscherseits ist diese Forderung neuerdings von Vertretern der Fraktionsmehrheit als eine Annäherung bezeichnet und scharf zurückgewiesen worden. Damit wäre die Internationale der sozialistischen Arbeiterpartei als Friedensfaktor lahmgelegt. Denn ohne daß die französische und die deutsche Sozialdemokratie sich auf eine gemeinsame Richtschnur der äußeren Politik einigen, ist eine wirkungsvolle Friedensaktion der Internationale des Proletariats ausgeschlossen.

Nun ist aber die politische Lage heute die, daß die Regierungen drüben wie drüben sich gegen einander festgerannt haben. Die Redaktion der „Volkswacht“ bezieht sich auf Erklärungen des deutschen Reichskanzlers, die dessen Friedensbereitschaft bekräftigen und stellt die hochmütige Schreibererei des „Temps“ als die Antwort der französischen Regierung hin. Das ist derselbe Fehltriff, den ein französisches Blatt begehen würde, das höhnende Schreiberereien der „Deutschen Tageszeitung“ oder der „Rossischen Zeitung“ über englische oder französische Verständigungsvorschläge als Neuforderungen der deutschen Regierung behandeln wollte. Hinsichtlich der französischen Regierung wird sich die Redaktion aber erinnern, daß das Regierungsprogramm, das Minister Briand bei Uebernahme der Stelle als Ministerpräsident verlas, in ganz anderem Ton gehalten war, als das Geschrei des „Temps“, und was Englands leitenden Minister Asquith anbetrifft, so hat er erst vor kurzer Zeit unserem Genossen Snowden auf eine von diesem gestellte entsprechende Anfrage geantwortet, die englische Regierung sei „bereit, jeden vernünftigen Friedensvorschlag, der von der anderen Seite komme, ernsthaft zu prüfen“. Das Schlimme ist aber, daß man in den verschiedenen Kabinetten über das, was „vernünftig“ ist, sehr verschiedene Ansichten hat. So hat der deutsche Reichskanzler in seiner Rede vom 9. Dezember, auf die die „Volkswacht“ verweist, zwar gesagt:

Kommen uns unsere Feinde mit Friedensangeboten, die der Würde und Sicherheit Deutschlands entsprechen, so sind wir allezeit bereit, sie zu diskutieren.“

Nach den Ehrbegriffen, die heute noch in den regierenden Kreisen obwalten, ist das aber schon eine Sprache, die die Gegenseite zu Friedensangeboten nur veranlassen könnte, wenn sie sich für geschlagen erklären wollte, wovon aber

jeder wußte, daß es durchaus nicht der Fall war, der die dingebe Zwischensatz „die der Würde und Sicherheit Deutschlands entsprechen“ ist der weitestgehenden Auslegung fähig. Der Kanzler selbst entwickelt das im weiteren Verlauf seiner Rede. Da heißt es im stenographischen Bericht:

Ich kann auch heute nicht auf Einzelheiten eingehen. Ich kann nicht sagen, welche Garantien die kaiserliche Regierung z. B. in der belächelten Frage fordern wird, welche Machtgründe sie für diese Garantien für notwendig erachtet. . . . Weder im Osten noch im Westen dürfen unsere Feinde von heute über Einkaufstore verfügen, durch die sie uns von morgen ab aufs neue und schärfer als bisher bedrohen.“ (Stürmischer anhaltender Beifall und dändelnde Klänge im Hause und auf den Tribünen.)

Ebenso ist es bekannt, daß England und Frankreich Belgien als ihr Ausmarschgebiet gegen uns betrachteten.

(Sehr richtig!)

Dagegen müssen wir uns politisch und militärisch und wir müssen auch wirtschaftlich die Möglichkeit unserer Ent-

saltung sichern, (Bravo!)

Welche Mittel zu diesem Zweck nötig sind, darüber müssen wir uns völlige Freiheit unserer Entschlüsse wahren.“ (Erneutes Bravo!)

Ich unterlasse es aus begrifflichen Gründen, diese Sätze zu erläutern. Wer einigermaßen politisch zu lesen versteht, erfährt aus ihnen zur Genüge, wie viel sich in den Begriff „der Würde und Sicherheit entsprechend“ hineinlegen läßt. Und das schon das hier vom Kanzler mit Bezug auf Belgien Angebotene für England und Frankreich so lange unannehmbar ist, so lange sie nicht geschlagen am Boden liegen, weiß jeder auch nur leidlich Unterrichtet. Für die Bourgeoispartei ist es aus militärischen Gründen, für die bürgerlich-radikale und die proletarische Demokratie aus Gründen des demokratischen Rechts unannehmbar. Es gibt keine Fraktion in der Sozialdemokratie Englands und Frankreichs, die nicht die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Belgiens und seine Unversehrtheit für eine der unerläßlichsten Friedensbedingungen erklärte.

Schon bei dieser einen Frage zeigt es sich, daß die Auffassung der Regierenden einen Friedensschluß vor der völligen Erschöpfung mindestens der einen Koalition geradezu zur Unmöglichkeit macht. Denn, wie bei Herrn v. Bethmann-Hollweg, steht es zweifelsohne auch bei den Herren Briand und Asquith hinsichtlich der Forderung des „vernünftigen Friedensbedingungen“. Für jede Seite ist das Verzicht, was für die andere Unvernunft ist. Und dabei sind die genannten Staatsmänner immer noch in ihren Zielen mächtiger, als die kapitalistisch-imperialistischen Parteien und Koterien ihres Landes, die unablässig mit weitergehenden Forderungen auf sie eindringen, ist man bei keinem sicher, wie lange er noch seinen Posten innehaben und, falls er bleibt, womit er eines späteren Tages hervortreten wird. Sicher ist nur, daß angesichts der maßlosen Verbitterung, in welche dieser Krieg die Völker Europas gejagt hat, von keiner Regierung zu erwarten ist, daß sie ihre Forderungen an die Gegenseite zurückdämmen wird. Herr v. Bethmann-Hollweg hat in der zitterten Rede vielmehr erklärt, je länger und je verbitterter die Gegner den Krieg gegen Deutschland führen, umso mehr „wachsen die Garantien, die für uns notwendig sind“, was die Gegner würden umgekehrt den Zentralmächten androhen.

So befinden sich die Regierenden mit Bezug auf den Krieg in einer Sackgasse. Er ist ihnen über den Kopf gewachsen. Weil sie sich von bestimmten politischen Begriffen nicht freimachen können, sind sie auch nicht die Herren ihrer Entschlüsse. Sie, und mit ihnen die von ihnen geführten Völker, sind vielmehr Bedingungen unterworfen, die ihnen der Krieg mit seinen wechselnden Konstellationen diktiert. Nur politische Elemente, für die jene Vorurteile nicht bestehen, wären imstande, einen Ausweg aus dieser Zwangslage zu eröffnen. Ein solches Element nun konnte die Internationale der sozialistischen Arbeiterpartei sein, wenn sie in der früheren Einigkeit ungebrochen bestände. Es ist dieses eine Frage von der größten Bedeutung für die Völker Europas, ob und wie jene Einigkeit wiederhergestellt werden kann. Auf sie hat sein ganzes Augenmerk zu richten, wer nicht will, daß dieser Krieg bis zur allgemeinen Erschöpfung fortgesetzt wird, und dann in einen Friedensschluß ausläuft, der Europa in einem unter der Oberfläche fortglühenden Kriegszustand zurückläßt. (Ein zweiter Artikel folgt.)

Die Obersten-Affäre in der Schweiz.

Zürich, 28. Februar. Heute begann der Strafprozeß gegen die Generalstabsobersten Egli und v. Wattenwyl. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, amtliche schweizerische Militärskizzen den Attachees der Mittelmächte übermittelt und dadurch eine Dienstverletzung begangen zu haben. Die Aussagen der Angeklagten ergaben, daß infolge Mangels der Organisation des schweizerischen Nachrichtendienstes bei Kriegsausbruch amtliche Stellen sich bei den Attachees der Mittelmächte informiert hatten und als Gegenleistung Bulletin des Generalstabs gaben.

Eine sozialdemokratische Friedensstimme in der Duma.

Amsterdam, 28. Februar. Einem hiesigen Blatte zufolge meldet die „Times“ aus Petersburg, daß der Sozialdemokrat Tschelise in einer in der Duma gehaltenen Rede in Abrede gestellt hat, daß alle Kriegführenden für die Verteidigung des Landes und der Freiheit kämpfen. Er stelle sich auf die Seite der Deutschen, die den Frieden ohne An-

Ein Angriff in den Vogesen.

Paris, 28. Februar. Amtlicher Bericht der französischen Oberleitung: In den Vogesen veruchte der Feind nach Artillerievorbereitung bei Anbruch der Nacht einen starken Angriff auf einer Frontbreite von zwei Kilometern südlich von Colles im Plaine-Tal. Der Angriff scheiterte vollständig. Heute morgen erzielte eine Aktion unserer Batterien gegen die Lebensmittellager des Feindes im St. Schwelmer nördlich von Münster gute Ergebnisse.

Wie der Sonderberichterstatter der „Römisches Zeitung“ meldet, ist allenthalben in den südlichen Provinzen von Eläß und im Sundgau starker Gewitterdonner zu hören. Besonders lebhaft sei das Feuer im Tal von Reheral und in der Umgebung von Altkirch, wo lebhafte ein Vorstoß bei Dödelweiler Ratsfund, drittens in der südlichsten Spitze der deutschen Front an der schweizerischen Grenze. Auch hier habe in den letzten Tagen der Oberleutnant durch die wohlüberlegte Regiments einer französischen Stellung eine wesentliche Verbesserung der deutschen Frontlinie stattgefunden.

Der Krieg auf den Meeren.

London, 28. Februar. Lloyd's meldet: Der russische Dampfer „Kotelnikoff“ (1647 Tonnen) ist versenkt worden. Fünfundzwanzig Personen wurden gerettet.

Berlin, 28. Februar. Aus einer Meldung des „Seitl“ von Paris: Der Dampfer „Santien“ aus Marseille lief im baltischen Hafen der Dampfer

„Samba“ ein mit der Mannschaft des englischen Schiffes „De-kaly“, welches von einem deutschen Unterseeboot versenkt wurde. Das Schiff war 2987 Tonnen groß.

Marseille, 28. Februar. Der englische Dampfer „Tre-verbahn“ ist hier mit 15 Mann der Besatzung des im Mittelmeer verjagten englischen Dampfers „Donch“ eingetroffen. „Tre-verbahn“ begegnete während der Fahrt zwei anderen leeren Booten.

London, 28. Februar. (Reuter.) R. and D. Linie gibt bekannt, daß nach den bisherigen Berichten 64 von den 119 Passagieren, die sich an Bord der „Waloja“ befanden, gerettet worden sind. Die Gesamtzahl der Geretteten beträgt 260. Man hofft aber, daß im Laufe des Vormittags noch mehr Namen von Geretteten bekannt werden würden. Es waren im ganzen 411 Personen an Bord.

Italien für Krieg gegen Deutschland.

Berlin, 28. Februar. Der Nationalkongreß der italienischen Republikaner, der in Rom tags, beschloß eine Tagesordnung, die es als die höchste Pflicht des Italiens bezeichnet, das Bündnis mit Frankreich, England und Rußland durch eine Kriegserklärung an Deutschland noch enger zu knüpfen. Italiens erster politischer Grundsatze müsse es sein, dem Nationalkongreß durch den Sieg des Überwandes der Welt zu verhelfen. Belgien und Serbien sollen wiederhergestellt und die unerschlossenen italienischen Gebiete wieder befreit werden.

Nach Friedensschluß soll vollständige Entwaffnung durchgeführt, die Diplomatie abgeschafft und das Ideal der vereinigten Staaten von Europa verwirklicht werden.

= Bilz-Sinalco =

Grand-Bräu, Brauerei, 123, Alina, 123, Alina, 123, Alina...

Thomas Brause, Telefon 2311.

Altwaren

Wolfsfeld, 22, Kupferstraße 27.

Bäckereien und Konditoreien

Freih, Carl, Oderstraße 29. Dehmann, W., Votterstraße 4. Brand, Wilhelm, Viktoriastraße 13.

Badeanstalten.

Grünh, Bad, am See 14.

Berufsleidung, Wäsche

Wiemel, J., Kupferstraße 42.

Seiten- u. Bettfedern-Reinigung.

Elling, J., Kriegerstr. 2, 2. Etage.

Bier-Brauereien, Bier-Verleger

Brauer Hüter, Schützenstr. 37, 2. u. 3. Stock.

Genossenschaft-Brauerei, Brauerei

Brauerei Sacrau, Brauerei, Zum Nassbaum.

Hopf & Gärde

Silber, Max, Reichstr. 10, 1. u. 2. Stock.

Bügel- und Reparatur-Anstalt

Stöck, R., Reichstr. 1A, Tel. 3704.

Druck-Fabriken

Druck, R., Reichstr. 31, 1. u. 2. Stock.

Café

Reifen-Café, Ring, Wilhelmstr. 2.

Drogen und Farben

Witt, Carl, Reichstr. 121, 1. u. 2. Stock.

Eisen- u. Stahlwaren

Weg, & Co., Reichstr. 20.

Eisenwaren u. Werkzeughandl.

Weg, & Co., Reichstr. 20, Tel. 3712.

Fahrräder und Nähmaschinen

Weg, & Co., Reichstr. 20.

Fahrräder und Nähmaschinen

Weg, & Co., Reichstr. 20.

Fahrräder und Nähmaschinen

Weg, & Co., Reichstr. 20.

Fahrräder und Nähmaschinen

Weg, & Co., Reichstr. 20.

Fahrräder und Nähmaschinen

Weg, & Co., Reichstr. 20.

Fahrräder und Nähmaschinen

Weg, & Co., Reichstr. 20.

Fahrräder und Nähmaschinen

Weg, & Co., Reichstr. 20.

Fahrräder und Nähmaschinen

Weg, & Co., Reichstr. 20.

Fahrräder und Nähmaschinen

Weg, & Co., Reichstr. 20.

Fahrräder und Nähmaschinen

Weg, & Co., Reichstr. 20.

Fahrräder und Nähmaschinen

Weg, & Co., Reichstr. 20.

Fahrräder und Nähmaschinen

Weg, & Co., Reichstr. 20.

Fahrräder und Nähmaschinen

Weg, & Co., Reichstr. 20.

Fahrräder und Nähmaschinen

Weg, & Co., Reichstr. 20.

Fahrräder und Nähmaschinen

Weg, & Co., Reichstr. 20.

Fahrräder und Nähmaschinen

Weg, & Co., Reichstr. 20.

Fahrräder und Nähmaschinen

Weg, & Co., Reichstr. 20.

Rab, Feis, Reichstr. 7. Ribber, Adolf, Reichstr. 20. Klein, Albert, Reichstr. 14.

Rummel, Friedr., Reichstr. 9. Ruf, Carl, Reichstr. 107.

Safonedi, W., Reichstr. 17. Sauer, C., Reichstr. 15.

Lindner, Fritz, Reichstr. 69. Lorenz, Carl, Ohlauerstr. 31.

Meinhof, Wilhelm, Reichstr. 14. Meyer, Carl, Reichstr. 148.

Wilde, W., Reichstr. 22. Wilm, Hermann, Reichstr. 9.

Witt, Carl, Reichstr. 11. Witzke, Clara, Reichstr. 11.

Witzke, Clara, Reichstr. 11. Witzke, Clara, Reichstr. 11.

Witzke, Clara, Reichstr. 11. Witzke, Clara, Reichstr. 11.

Witzke, Clara, Reichstr. 11. Witzke, Clara, Reichstr. 11.

Witzke, Clara, Reichstr. 11. Witzke, Clara, Reichstr. 11.

Witzke, Clara, Reichstr. 11. Witzke, Clara, Reichstr. 11.

Witzke, Clara, Reichstr. 11. Witzke, Clara, Reichstr. 11.

Witzke, Clara, Reichstr. 11. Witzke, Clara, Reichstr. 11.

Witzke, Clara, Reichstr. 11. Witzke, Clara, Reichstr. 11.

Witzke, Clara, Reichstr. 11. Witzke, Clara, Reichstr. 11.

Witzke, Clara, Reichstr. 11. Witzke, Clara, Reichstr. 11.

Witzke, Clara, Reichstr. 11. Witzke, Clara, Reichstr. 11.

Witzke, Clara, Reichstr. 11. Witzke, Clara, Reichstr. 11.

Witzke, Clara, Reichstr. 11. Witzke, Clara, Reichstr. 11.

Witzke, Clara, Reichstr. 11. Witzke, Clara, Reichstr. 11.

Witzke, Clara, Reichstr. 11. Witzke, Clara, Reichstr. 11.

Witzke, Clara, Reichstr. 11. Witzke, Clara, Reichstr. 11.

Witzke, Clara, Reichstr. 11. Witzke, Clara, Reichstr. 11.

Witzke, Clara, Reichstr. 11. Witzke, Clara, Reichstr. 11.

Witzke, Clara, Reichstr. 11. Witzke, Clara, Reichstr. 11.

Witzke, Clara, Reichstr. 11. Witzke, Clara, Reichstr. 11.

Witzke, Clara, Reichstr. 11. Witzke, Clara, Reichstr. 11.

Witzke, Clara, Reichstr. 11. Witzke, Clara, Reichstr. 11.

Witzke, Clara, Reichstr. 11. Witzke, Clara, Reichstr. 11.

Witzke, Clara, Reichstr. 11. Witzke, Clara, Reichstr. 11.

Sparkasse der Gewerkschaftshaus-Baugesellschaft m. b. H. Bisherige Einzahlung auf Sparbücher: über 1 Million Mark.

Kinematographen Eden-Theater Kaiser Wilhelm-Theater

Kolonialwaren Fresel, Walter, Reichstr. 133

Korsett-Haus Elisabeth Dressler

Korsetts Kellling, W., Reichstr. 17

Korsetts Kellling, W., Reichstr. 17

Korsetts Kellling, W., Reichstr. 17

Korsetts Kellling, W., Reichstr. 17

Korsetts Kellling, W., Reichstr. 17

Korsetts Kellling, W., Reichstr. 17

Korsetts Kellling, W., Reichstr. 17

Korsetts Kellling, W., Reichstr. 17

Korsetts Kellling, W., Reichstr. 17

Korsetts Kellling, W., Reichstr. 17

Korsetts Kellling, W., Reichstr. 17

Korsetts Kellling, W., Reichstr. 17

Korsetts Kellling, W., Reichstr. 17

Korsetts Kellling, W., Reichstr. 17

Korsetts Kellling, W., Reichstr. 17

Korsetts Kellling, W., Reichstr. 17

Korsetts Kellling, W., Reichstr. 17

Korsetts Kellling, W., Reichstr. 17

Korsetts Kellling, W., Reichstr. 17

Korsetts Kellling, W., Reichstr. 17

Korsetts Kellling, W., Reichstr. 17

Korsetts Kellling, W., Reichstr. 17

Korsetts Kellling, W., Reichstr. 17

Korsetts Kellling, W., Reichstr. 17

Hohenzollern-Garten Vau, Gustav, Reichstr. 104. Vau, Gustav, Reichstr. 104.

Rosfleischer u. Wurstfabrik Ch. Florh, Ritterstr. 6

Sargmagazine Benedix, G., Reichstr. 1. G. Reichstr. 1.

Schirme, Stöcke Strick, W., Reichstr. 20

Seifenzeschäfte Seite Kommit Seifenpulver

Tinten Berger, Adolf, Reichstr. 31

Schankwirtschaften Birke, A., Reichstr. 41

Hinter-Nonnio W., Reichstr. 5/6

Schirdewan, C., Reichstr. 45

Seidel & Co., Reichstr. 75

Vogel & Co., Reichstr. 7-9

Gehr, Wolff, Reichstr. 103

Schuh- u. Schuhmacher Kretschmer, Eduard, Reichstr. 56

Christmann, Reichstr. 36

Central-Schuhhaus Reichstr. 45

Trauer-Kleidung Benedix, G., Reichstr. 1

Verkehr-Institut Gehr, Wolff, Reichstr. 103

Waren- u. Kaufhäuser Kanthaus, Adler, Reichstr. 2

Zahn- u. Zahnärzte Zahn, Johannes, Reichstr. 76

Expedition und Reprinterei

Expedition und Reprinterei

Expedition und Reprinterei

Expedition und Reprinterei

Expedition und Reprinterei

Expedition und Reprinterei

Expedition und Reprinterei

Expedition und Reprinterei

Expedition und Reprinterei

Leser der Volkswacht! Beachtet die Inserenten dieses Bezugsquellen-Verzeichnisses!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 29. Februar.

Rückständige und erlassene Mieten in Breslau.

Im Gemeindeblatt veröffentlicht das Städtische Statistische Amt wieder Erhebungen über rückständige und erlassene Mieten am 1. Dezember 1915.

Die reinen Rückstände belaufen sich also diesmal auf weit über das Doppelte des vorjährigen Betrages, bei auf 64333 Mk. ermittelt war.

Was die Stadt tun kann.

Die Verwaltung der Stadt Cassel geht in ihren Maßnahmen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung mehr und mehr von der Ueberzeugung aus, daß der Lebensmittelmarkt bei der Vielgestaltigkeit des Wirtschaftslebens und der Unmöglichkeit einer ausgiebigen polizeilichen Kontrolle allein mit polizeilichen Beschränkungen und Verboten nicht wesentlich zu regeln ist.

Verkauf von Kolonialwaren

Erst schon im Oktober 1914 eingerichtet worden. Die Organisation des Stadteinkaufs hat sich durchaus bewährt. Von der Einrichtung besonderer städtischer Verkaufsstellen konnte abgesehen werden, indem der Vertrieb der Waren durch Vermittlung der beiden am Platze bestehenden Großhandelsfirmen durchgeführt wird.

eigene Ladengeschäft der Stadt

war ursprünglich eingerichtet worden zum Verkauf der Fleischwaren, die infolge der Regierungsmaßnahmen in so großem Umfang beschafft worden waren, daß auf den Kopf der Bevölkerung für 15 Mark Schweinefleischwaren entfielen.

Obst- und Gemüseversorgung.

Auf diesem Gebiete hat die Stadt im Frühjahr 1915 zunächst dadurch zu wirken versucht, daß sie die Verpachtung von brachliegenden Gelände als Gartenland vermittelt hat.

2. Volkskonzert.

Die Mängel, die das erste Volkskonzert aufzuweisen hatte, konnten im zweiten nicht ausgeglichen werden, weil die Programme schon lange vorher gedruckt waren. Die man ja, ist dies nicht gerade prächtig. Auch diesmal erzielte sich ein z. B. der ausgesetzten Stücke als recht ungeeignet für nahe Hörer und zwar waren es in erster Reihe die Klavierkonzerte, deren Wahl beinahe unglücklich war.

Breslauer Orchester-Verein.

2. Sinfonie-Konzert.

Vor einem gut besetzten Konzerthaus saß lang Fräulein Elisabeth Hoffmann aus Breslau eine Arie aus „Achilles“ von Max Bruch und vier Lieder von Schubert. Die Aufmerksamkeit der Dame lag nicht mehr ganz frisch, es liegt ein leichter Schauer über der Konzertsituation und dann verlagert sich, wohl infolge mangelhafter Ausgeglichenheit der Klarinetten, häufig die Technik.

durch Gärtner ziegen lassen und an Kleingartenbesitzer abgegeben. Im ganzen sind rund 550 000 Gemüßpflanzen abgegeben worden. Daneben sind Kleingartenbesitzer etwa 1000 Zentner Saatkartoffeln überlassen worden.

Der städtische Fleischverkauf

ist im Hinblick auf die Anaptheit der Fettwaren eingerichtet worden. Um eine gerechte Verteilung der großen städtischen Vorräte in fettem und magerem Speck, Schweinefleisch und Kunstschmelz herbeizuführen, sind Fettmarken eingeführt worden, die den wöchentlichen Bezug der folgenden Mengen gestatten:

Table with 4 columns: Quantity, Persons, Fat, Meat. Rows: 2-4 persons, 4-5 persons, 6 or more persons.

Diese Einrichtung hat sich durchaus bewährt. Die Stadt betreibt den Fettwarenverkauf bewußt als Zuschuhunternehmung. Die Fettwaren werden in 16 leistungsfähigen Läden eingezogen.

Beschränkung des Zuckerverbrauchs.

Der Bundesrat hat am Montag einer Verordnung zugestimmt, die den Zuckerverbrauch beim Herstellen von Schokoladen beschränkt, wie es durch die Substitutions-Verordnung vom 13. Dezember 1914 bereits für die Herstellung von Süßigkeiten geschehen ist.

Der städtische Arbeitsnachweis im Januar.

Im Monat Januar waren an 21 Stellen 1811 ungelernete Arbeiter, 215 Handwerker, 172 Kaufleute, 12 Techniker, 8 Werkmeister, insgesamt also 2280. In Zahl der vorhandenen offenen Stellen betrug für ungelernete Arbeiter 1118, für Handwerker 117, für Kaufleute 78, für Techniker 12, für Werkmeister 5, zusammen also 1330.

In der Frauenabteilung waren arbeitslos 2205 ungelernete Arbeiterinnen, 3875 Arbeiterinnen, 191 kaufmännische Angestellte, insgesamt 5771 Personen. Die Zahl der vorhandenen offenen Stellen betrug bei ungelerneten Arbeiterinnen 802, bei Arbeiterinnen 22, bei kaufmännischen Angestellten 13, zusammen 837. Defizit wurden bei ungelerneten Arbeiterinnen 736 Stellen und 95 Arbeiterinnen. Im ganzen sind 1371 offene Stellen und 145 Arbeiterinnen bedingt worden.

Die Arbeitslosigkeit bei den Frauen und Mädchen war demnach auch im Januar recht groß.

Aufschobenes Verbot.

Der stellvertretende kommandierende General v. Pacmeister erläßt folgende Anordnung: „Wegen Anordnung vom 5. Januar 1916 Abteilung II Nr. 1156, betreffend das Verbot der Verkaufserlaubnis von Eisenrind, Rinderrinde und Gerblohe, tritt mit dem 1. März 1916 das Verbot in Kraft.“

Aus aller Welt.

Genüßliche Diät. Der Kreisvorsitz des Kreiszeitung hatte sich in seiner letzten Sitzung mit einer bemerkenswerten Entscheidung zu befassen. Als er war ein sehr bekannter General der Infanterie, der im gegenwärtigen Feldzuge oft genannt wurde. Der General war zur Disposition gestellt, aber nach Ausbruch des Krieges zum aktiven Dienst einbezogen worden. Er wurde mit der Führung einer Division betraut. Der General beabsichtigte die Freistellung von der Gemeindesteuern und bezieht sich in seiner Klage auf die Erlasse verschiedener Minister. Das Oberverwaltungsamt hat jedoch schon im Jahre 1915 sich dahin ausgesprochen, daß nur die kriegsberechtigten Militärpersonen des aktiven Dienstes hinsichtlich ihres zivilen Einkommens von der Gemeindesteuer befreit sind. Offiziere des Reserveheeres gehören aber nicht zu den Militärpersonen des aktiven Dienstes, auch wenn sie während eines Krieges zum aktiven Dienst beangezogen würden. Die Klage des Generals wurde deshalb vom Bezirksauschuß abgewiesen.

Die Jahressteuererhöhung auf dem Reich. Die aus Ostpreußen gemeldet wird, hat das sächsische Ministerium den Innern die neue Einkommensteuer genehmigt. Von unvorhergesehenen Steuerpflichtigen über 30 Jahre wird ein Zuschlag erhoben, der bei Einkommen von 100 bis 240 Mark 5 Prozent, bis zu 400 Mark 10 Prozent, bis zu 600 Mark 15 Prozent, bis zu 1000 Mark 20 Prozent und darüber 25 Prozent der Einkommensteuer beträgt. Ein solcher Zuschlag wird nicht erhoben, wenn verwitwete oder ledigehende Verlonen ohne Unterschied des Einkommens beim Tode des Gatten oder bei der Erweiterung des 35. Lebensjahr be eilt überschritten haben. — Sonst aber hat die „Jungfrau“ die Steuer genau so wie der „Jungehelle“ zu zahlen.

In russischer Gefangenenschaft gestorben. Superintendent Hierlo von Johannisburg, der im Februar 1915 von den Russen in die Gefangenenschaft gefangen wurde, ist, wie uns ein Brno-Telegramm aus Ruzhigberg t. Br. meldet, nach einer Mitteilung seiner ebenfalls verschollenen Gattin in Rußland

Die Obst- und Gemüsehoff.

Der Ausschuh der Stadt Breslau für den Anbau von Gemüse und Kartoffeln blüht uns um Aufnahme folgenden Hinweises:

Der Verein zur Förderung des Obst- und Gemüsebaues in Deutschland beschäftigt, eine Wanderausstellung, die Obst- und Gemüsehoff genannt, in der Zeit vom 8. bis 16. März im St. Vincenzhaus zu Breslau abzuhalten.

In übersichtlich geordnetem, reichhaltigem Material wird der Verein die jetzt zur Ernährung so wichtig gewordenen Erzeugnisse des Obst- und Gemüsebaues vorführen.

Entwickelt wäre es, wenn für die Ausstellung noch Schauflände von unseren besten Artzögern besetzt werden könnten. Gut überreifes Obst, Mörtuben, besonders große Kartoffeln und andere Wintergemüse würden hierzu gern angenommen und zu einer feiner Preis'chen zusammengestellt werden.

Beijer solcher selbstgezeugenen Gemüß wollen, falls sie die Möglichkeit haben, sich an dieser Sonderausstellung zu beteiligen, ihre Erzeugnisse am Sonnabend, den 3. März 1916, in der Gärtnerei, Breibstraße 25, zur Anmeldung bringen und abliefern. Zu kosten 10, daß Gärten Preise stiftet.

Im Anschluß an die oben angeführte Wanderausstellung sollen mehrere Vorträge über Erziehung und Anbau von Obst und Kleingartenbau in Breslau abgehalten werden, die für jedenmann von Interesse sein dürften. Das Nähere über Zeit und Ort dieser Vorträge wird noch bekannt gegeben.

Verbreiten von Druckschriften.

Der stellvertretende kommandierende General von Pacmeister hat angeordnet:

Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 (Gesetz-Samm. S. 451) und § 1 des Gesetzes betreffend Abänderung dieses Gesetzes vom 11. Dezember 1915 (Reichs-Gesetz-Bl. S. 813) bestimme ich:

§ 1. Es ist verboten, Druckschriften zu verbreiten, in denen die im § 6 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1871 (Reichs-Gesetz-Bl. S. 65) vorgeschriebenen Angaben fehlen.

Anmerkung: § 6 lautet:

Auf jeder im Geltungsbereich dieses Gesetzes erscheinenden Druckschrift muß der Name und Wohnort des Druckers und, wenn sie für den Buchhandel oder sonst zur Verbreitung bestimmt ist, der Name und Wohnort des Verlegers, oder — bei unbetriebl. Druckschriften — des Verfassers oder Herausgebers genannt sein. An Stelle des Namens des Druckers oder Verlegers genügt die Angabe der in das Handelsregister eingetragenen Firma.

Ausgenommen von dieser Vorschrift sind die nur zu den Zwecken des Gewerbes und Verkehrs des häuslichen und geschäftlichen Lebens dienenden Druckschriften, als: Formulare, Prospektblätter, Anzeigenblätter u. d. L. sowie Einnahmelisten öffentlicher Stellen, sofern sie nicht weiter als Zweck, Zeit und Ort der Ausgabe und die Bezeichnung der zu wählenden Personen enthalten.

§ 2. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Monate bestraft.

Sind mehrere Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder auf Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark erkannt werden.

§ 3. Diese Anordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Aus russischer Gefangenenschaft

schreibt der Arbeiter Gustav Viehich Frommrichstraße 44, der seit einem Jahre vermisst war. Er befindet sich in Schloß Alexandria und schreibt, daß er noch gesund ist.

* Reichssekretär Großpösch gestorben. Am 26. Februar ist nach kurzem Krankenlager der Reichssekretär und Bureauvorsteher Theodor Großpösch gestorben. Mehr als 20 Jahre leitete der Verstorbenen mit Geschick und Erfolg das Bureau des Gewerbegerichts und des Kaufmannsgerichts. Als während des Krieges sein Bureau das Kriegsmietamt und Hypothekeneintragungsamt angegliedert wurde, nahm er auch die stark vermehrten Arbeiten freudig auf sich. In den langen Jahren haben wir Herrn Großpösch als einen sehr fleißigen und effizienten Bureaubeamten schätzen gelernt. Besonders bei Gewerbegerichts- und Kaufmannsgerichtswahlen zeigte er sich stets allen Parteien gegenüber gleich entgegenkommend. Wir werden das Andenken dieses tüchtigen und freundlichen Mannes in Ehren halten.

Im Alter von 74 Jahren gestorben. Superintendent Hierlo blieb im November 1914 freiwillig in Johannisburg zurück, obwohl die Stadt aeräumt wurde und obwohl er dringend ersucht wurde, die Stadt zu verlassen.

Flucht aus einem fahrenden Eisenbahnzuge. Seinen beiden militärischen Beiliedmannschaften ist auf der Eisenbahnfahrt auf der Strecke Güttenboden-Br.-Holland der Strafgefangene Koch um Kellner Dullies, der zur militärischen Untersuchung nach Braunsberg beordert worden war und sich auf dem Rücktransport befand, entzogen. Er hatte im Zuge den Abort aufgesucht und war von dort aus unbemerkt bei voller Fahrt aus dem Fenster gesprungen. Die Flucht wurde von den Transporteuren zu spät bemerkt, um eine sofortige Verfolgung des Ausreißers aufzunehmen. Dullies hatte im Gerichtsverfahren in Br.-Holland eine mehrmonatige Freiheitsstrafe wegen Körperverletzung zu verbüßen.

Ein Diebstahlverbrechen. Die Landeszeitung in Mühlhausen berichtet, findet sich in einem elässischen Blatt folgendes zeitgemäße Inserat:

Christliches Dienstmädchen, in allen häuslichen Arbeiten bewandert, für sofort gesucht. Sicherer Unterhalt im Hause.

Ausprägungsbezeichnung.

Bei dem Lesen der Berichte über die Kämpfe um Verdun werden unseren Lesern folgende Winke über die Ausprägung mitkommen sein:

Table with 2 columns: German words and their French equivalents. Includes Verdun, Douaumont, Côte Lorraine, etc.

In Meirin, Wirtschaft und Recht" sprach am 25. Februar Herr Professor Farms aus Kiel über Krieg und Weltwirtschaft.

Er ging vom gemeinsamen geistigen Erbes aus, das sich durch Weltverkehr und Telegraph in allen Ländern geistig habe. Diese Weltverbindung haben die Engländer durch den Besitz des Meeres durch ihre Herrschaft über die Welt gegen Deutschland beeinflusst.

Die Telegraphie ohne Draht habe es nach langer Zeit nach dem Kriegsausbruch ermöglicht, mit den deutschen Kolonien zu sprechen. Da aber die Kriege durch die Nähe der Küste standen, ist sie von den Engländern zerstört worden.

Der Krieg hat die Weltwirtschaft mit dem Ausland stark gestört, heute hätte er fast den alten Umfang. Die deutsche Seeschifffahrt beschränkt sich heute auf gewisse Teile der Nordsee und auf die Ostsee, sonst ist sie eingeeignet.

Die internationale Reiseverkehr hat seit langem aufgehört. Er bracht Italien in den letzten Jahren allein 100 Millionen Lire (240 Millionen Mark), während die reisenden Amerikaner dem europäischen Kontinent jährlich etwa 650 Millionen Dollars hinterlassen.

Der internationale Reiseverkehr hat seit langem aufgehört. Er bracht Italien in den letzten Jahren allein 100 Millionen Lire (240 Millionen Mark), während die reisenden Amerikaner dem europäischen Kontinent jährlich etwa 650 Millionen Dollars hinterlassen.

Der internationale Reiseverkehr hat seit langem aufgehört. Er bracht Italien in den letzten Jahren allein 100 Millionen Lire (240 Millionen Mark), während die reisenden Amerikaner dem europäischen Kontinent jährlich etwa 650 Millionen Dollars hinterlassen.

Der internationale Reiseverkehr hat seit langem aufgehört. Er bracht Italien in den letzten Jahren allein 100 Millionen Lire (240 Millionen Mark), während die reisenden Amerikaner dem europäischen Kontinent jährlich etwa 650 Millionen Dollars hinterlassen.

Der internationale Reiseverkehr hat seit langem aufgehört. Er bracht Italien in den letzten Jahren allein 100 Millionen Lire (240 Millionen Mark), während die reisenden Amerikaner dem europäischen Kontinent jährlich etwa 650 Millionen Dollars hinterlassen.

Der internationale Reiseverkehr hat seit langem aufgehört. Er bracht Italien in den letzten Jahren allein 100 Millionen Lire (240 Millionen Mark), während die reisenden Amerikaner dem europäischen Kontinent jährlich etwa 650 Millionen Dollars hinterlassen.

Die Schenke in der Straßburg... am Dienstag abend ab 8 Uhr in der Jahnhalle, oder auf dem Zurlaubenplatz. Freitag den 3. März abends 8.30 Uhr in der Straßburg...

Die Schenke in der Straßburg... am Dienstag abend ab 8 Uhr in der Jahnhalle, oder auf dem Zurlaubenplatz. Freitag den 3. März abends 8.30 Uhr in der Straßburg...

Die Schenke in der Straßburg... am Dienstag abend ab 8 Uhr in der Jahnhalle, oder auf dem Zurlaubenplatz. Freitag den 3. März abends 8.30 Uhr in der Straßburg...

Die Schenke in der Straßburg... am Dienstag abend ab 8 Uhr in der Jahnhalle, oder auf dem Zurlaubenplatz. Freitag den 3. März abends 8.30 Uhr in der Straßburg...

Die Schenke in der Straßburg... am Dienstag abend ab 8 Uhr in der Jahnhalle, oder auf dem Zurlaubenplatz. Freitag den 3. März abends 8.30 Uhr in der Straßburg...

Die Schenke in der Straßburg... am Dienstag abend ab 8 Uhr in der Jahnhalle, oder auf dem Zurlaubenplatz. Freitag den 3. März abends 8.30 Uhr in der Straßburg...

Die Schenke in der Straßburg... am Dienstag abend ab 8 Uhr in der Jahnhalle, oder auf dem Zurlaubenplatz. Freitag den 3. März abends 8.30 Uhr in der Straßburg...

Die Schenke in der Straßburg... am Dienstag abend ab 8 Uhr in der Jahnhalle, oder auf dem Zurlaubenplatz. Freitag den 3. März abends 8.30 Uhr in der Straßburg...

Die Schenke in der Straßburg... am Dienstag abend ab 8 Uhr in der Jahnhalle, oder auf dem Zurlaubenplatz. Freitag den 3. März abends 8.30 Uhr in der Straßburg...

Die Schenke in der Straßburg... am Dienstag abend ab 8 Uhr in der Jahnhalle, oder auf dem Zurlaubenplatz. Freitag den 3. März abends 8.30 Uhr in der Straßburg...

Die Schenke in der Straßburg... am Dienstag abend ab 8 Uhr in der Jahnhalle, oder auf dem Zurlaubenplatz. Freitag den 3. März abends 8.30 Uhr in der Straßburg...

Die Schenke in der Straßburg... am Dienstag abend ab 8 Uhr in der Jahnhalle, oder auf dem Zurlaubenplatz. Freitag den 3. März abends 8.30 Uhr in der Straßburg...

Die Schenke in der Straßburg... am Dienstag abend ab 8 Uhr in der Jahnhalle, oder auf dem Zurlaubenplatz. Freitag den 3. März abends 8.30 Uhr in der Straßburg...

Die Schenke in der Straßburg... am Dienstag abend ab 8 Uhr in der Jahnhalle, oder auf dem Zurlaubenplatz. Freitag den 3. März abends 8.30 Uhr in der Straßburg...

Die Schenke in der Straßburg... am Dienstag abend ab 8 Uhr in der Jahnhalle, oder auf dem Zurlaubenplatz. Freitag den 3. März abends 8.30 Uhr in der Straßburg...

Die Schenke in der Straßburg... am Dienstag abend ab 8 Uhr in der Jahnhalle, oder auf dem Zurlaubenplatz. Freitag den 3. März abends 8.30 Uhr in der Straßburg...

Die Schenke in der Straßburg... am Dienstag abend ab 8 Uhr in der Jahnhalle, oder auf dem Zurlaubenplatz. Freitag den 3. März abends 8.30 Uhr in der Straßburg...

Die Schenke in der Straßburg... am Dienstag abend ab 8 Uhr in der Jahnhalle, oder auf dem Zurlaubenplatz. Freitag den 3. März abends 8.30 Uhr in der Straßburg...

Die Schenke in der Straßburg... am Dienstag abend ab 8 Uhr in der Jahnhalle, oder auf dem Zurlaubenplatz. Freitag den 3. März abends 8.30 Uhr in der Straßburg...

Die Schenke in der Straßburg... am Dienstag abend ab 8 Uhr in der Jahnhalle, oder auf dem Zurlaubenplatz. Freitag den 3. März abends 8.30 Uhr in der Straßburg...

Neueste Nachrichten.

Die Obersten-Affäre.

(Siehe 3. Seite.)

Zürich, 28. Februar. In dem Prozeß gegen die beiden Obersten gab zuerst Oberst Gali Auskunft über die Organisation und Bedeutung des Reichs- und Landesdienstes für die Schweiz.

Amerikas Haltung.

New York, 28. Februar. Einbruch vom Vertreter von U. S. A. Associated Press" meldet aus Washington: Die amerikanische Tätigkeit von Mitgliedern des Hauses der Repräsentanten, die darauf dringen, daß eine Resolution angenommen wird, in der den Amerikanern empfohlen wird, bewaffnete Handelsschiffe nicht zu benutzen, hat bei den Redatoren der demokratischen Partei große Verwirrung erregt.

Der englische Bericht.

London, 29. Februar. General Haig berichtet unter dem 22. Februar: Gestern abend schlugen wir einen kleinen Angriff der Deutschen südlich von Albert zurück.

Der türkische Bericht.

Konstantinopel, 29. Februar. Das Hauptquartier teilt mit: An der Front von Gallipoli wurde in der Nacht vom 22. Februar ein feindlicher Versuch, überraschend gegen unsere Stellung bei Suvla vorzugehen, nicht zurückgewiesen.

Die 466. amtliche Verlustliste.

enthält folgende Truppenteile vom 5. und 6. Armeekorps: Grenadier-, Infanterie- und Füsilier-Regimenter: Nr. 37, 46, 51, 157; Reserve Nr. 22, 46, 51; Landwehr: Nr. 33, 51; Landsturm-Infanterie-Bataillon 1. Gleiwitz, 2. Lobosch. — Jäger: Nr. 5, Reserve Nr. 5. — Kavallerie: Grenadier Nr. 4, Ulanen Nr. 1. — Feld-Artillerie: Nr. 6. — Train: Abteilung Nr. 6.

Wo alles verzagt, halt „Girna“ 9079 L. Rheumatismus, Gicht, Ischias, Herzleiden, Nierengrößen, Podagra und Harnsteine. Bei Nichterfolg Geld zurück!

Schlesien und Polen.

Die Kriegsgeschichte in der Ostfront... Die Frontlinie hat sich in den letzten Tagen nicht wesentlich verändert.

Die Frontlinie hat sich in den letzten Tagen nicht wesentlich verändert. Die Truppen sind in den Winterquartieren eingetroffen.

Die Frontlinie hat sich in den letzten Tagen nicht wesentlich verändert. Die Truppen sind in den Winterquartieren eingetroffen.

Die Frontlinie hat sich in den letzten Tagen nicht wesentlich verändert. Die Truppen sind in den Winterquartieren eingetroffen.

Die Frontlinie hat sich in den letzten Tagen nicht wesentlich verändert. Die Truppen sind in den Winterquartieren eingetroffen.

Kriegsnachrichten.

Der russische Bericht.

Petersburg 23. Februar. (Amtlicher Kriegsbericht vom Sonntag.) Westfront: Lebhaftes Artilleriefeuer im Abschnitt von Tuga. Es wird gute Wirkung unserer Artillerie gemeldet. Bei Ceede (11,5 Kilometer südlich von Friedrichsbad) machten unsere Patrouillen einen gut gelungenen Märsch vor. Sie griffen, ohne einen Schuss zu tun, einen deutschen Posten an und stachen eine Anzahl nieder. Bei Illuzt dauert der hartnäckige Kampf um den Besitz eines Grabenstückes an.

Kaukasusfront: Im Laufe der letzten Tage verfolgen unsere Kolonnen die Türken kräftig, trotzdem heftiger Schneefall herrscht und der Schnee den Leuten bis an die Brust geht.

Persien: Unsere Truppen waren den Feind aus einer Reihe von Stellungen und besetzten die Stadt Kermanschah.

Der italienische Bericht.

Rom, 23. Februar. (Amtlicher Bericht.) In der langen Jöngron Artilleriekampfs und kleine Unternehmungen der Infanterie. Bei Lucinico wurden 15 Mann des 22. Dalmatinischen Regiments zu Gefangenen gemacht. Westlich von Vermeigliano wurden feindliche Abteilungen, die mit weißen Mänteln unter Verberaung ihrer Waffen ihre Gräben verlassen hatten in die Flucht geschlagen und unter Maschinengewehrfeuer vernichtet. Auf der Linie Maresina werden Bewegungen von Trainsolonnen gemeldet.

Kardinal Mercier.

Lugano, 26. Februar. Kardinal Mercier aus Brüssel, der in Rom zu Besuch war, hielt, wie die „Frankf. Zig.“ meldet, bei seinem Empfang in der belgischen Nonnenschule zu Bagui Napoli bei Morozzi eine politische Rede, worin er den Italienern den vollständigen Sieg wünschte und versicherte, daß sein Herz wie das eines jeden Belgiers mit Italien schlage. Ganz Italien habe seine Entrüstung über die Verletzung Belgiens ausgedrückt, aber er vertraue auf die große gemeinsame Sache. Italien bete für die Befreiung und den Sieg Belgiens; er bete für den Sieg der italienischen Waffen. Gemeinsam beteten beide für den Triumph des Rechts, der Kultur und der Gerechtigkeit. — Einen Redakteur erklärte Mercier, er lehre sicher und furchtlos vor Repressalien zurück, da die deutschen Behörden ihm die ungehinderte Rückkehr gewährleistet hätten. Abends kam Mercier in Bologna an.

Vertagung der Duma?

Berlin, 29. Februar. In Petersburg gehen nach einer Meldung der „Nationalzeitung“ Gerüchte um, die von einer baldigen völklichen Vertagung der Duma sprechen, da eine prinzipielle Einigung der Opposition und der Regierung nicht zustande gekommen sei. Unverkennbar sei die Umlammlung der Truppen in Petersburg. Der Befehl der Truppen in der Hauptstadt sei in den letzten vier Tagen um 21 Regimente gemindert. Es seien fünf neue Bataillone Infanterie und einige Abteilungen Kavallerie zur Verstärkung der Polizei aufgestellt.

Portugal muß weiter.

Lissabon, 27. Februar. Eine Lissaboner Meldung der „Yponer Zeebeek“ besagt, daß auch die bei den Kap-Verde-Inseln (Westküste Afrikas gegenüber Senegal) verankerten acht deutschen Schiffe von den Portugiesen beschlagnahmt wurden. Die Besatzungen wurden durch Matrosen des Stationsdampfers „Veira“ evakuiert.

Meine Kriegsnachrichten.

Auropatkin ist zum Befehlshaber der Armeen an der Nordfront ernannt worden.

Portugal requiriert weiter deutsche Schiffe. Lloyd's meldet aus St. Vincent, daß die portugiesische Behörde die dort liegenden deutschen Schiffe requiriert habe.

Die drei Feinde Russlands. „Daily Telegraph“ meldet aus Petersburg: In der Duma jagte der konservative Abgeordnete Markow: Küßer unserer auswärtigen Feinde, den belästigten Deutschen, haben wir einen inneren Feind, der gefährlicher ist. Er besteht aus drei Elementen: Der Zerstörung der Lebensmittel, den Deutschen, die unter der Maske russischen Staatsbürgertums viele Zentren in der Hand haben und der beständigen Bestechung und Korruption, sowohl bei den Staatsbeamten als bei den Beamten der öffentlichen Organisationen. Diese Worte riefen starken Beifall hervor.

Die Kämpfe hinter Aken. Nach einem Bericht der „Kölnischen Volkszeitung“ aus Kairo sind dort wiederum sehr bemerkenswerte Nachrichten aus Aken eingetroffen, nach denen sich die Engländer dort in einer hart bedrängten, sehr gefährdeten Lage befinden. Englische Offiziere beschäftigen die schlimmste Lage der Engländer. Infolge dessen wurde am Suez eiligst eine Brigade aus australischen und indischen Truppen zusammengestellt, um unverzüglich nach Aken abzugehen. Aken wird gegenwärtig von der Landseite her von zahlreichen Karren, gut ausgerüsteten Araberkämpfern belagert. Die Engländer werden nicht von außen, sondern auch in der Stadt selbst durch die eingeborenen Bewohner bedrängt.

Gegen Ehrenwort freigelassen. „Daily Mail“ meldet aus Las Palmas: Der Kommandant und die Friedensbesatzung der „Weißbörn“ sind auf Ehrenwort freigelassen worden.

Ankratische Flieger. Das englische Kriegsamt genehmigte das Angebot Australiens, ein vollständiges Fliegergeschwader von 28 Offizieren und 180 Mann mit Flugzeugen dem Mutterlande zur Verfügung zu stellen.

15000 Serben von Korfu nach Saloniki. Der Mailänder „Secolo“ meldet aus Athen: 15000 serbische Soldaten, die in Korfu bereitstehen, werden nach Saloniki eingeschifft.

Postbeschlagnahme. Der aus Java in Amsterdam eingetroffene Dampfer „Königin der Niederlande“ mußte die für die Neutralmächte und sogar die für Frankreich bestimmte Post an England auszuliefern, ebenso die gesamte Postbox.

Eisernermaßnahmen der Neutralen. In der letzten Sitzung des norwegischen Staatrates wurde beschlossen, eine Vorlage zur Bewilligung von 10 Millionen Kronen zum Schutze der Neutralität einzubringen. — In der holländischen zweiten Kammer wurde ein außerordentlicher Flottenkredit von 1200000 Gulden vorgelegt zur Bekämpfung der Ausgaben im ersten Vierteljahr 1916, sowie ein Gesetzentwurf zur Verärgerung des Belagerungszustandes in einzelnen Gemeinden von Overyssel, Gelderland und Nordbrabant zur Bekämpfung der Schmutzgelei.

5000 gefangene Franzosen angekommen. Das „B. Z.“ berichtet aus Darmstadt: Im Laufe des gestrigen und heutigen Tages trafen etwa 5000 Franzosen, die aus den jüngsten Kämpfen bei Verdun kamen, in einem Sonderzuge in Darmstadt ein und wurden nach dem Kriegsgefangenenlager bei Griesheim gebracht.

Keine Telegramme aus Frankreich. Wie die Schweizer Depeschen-Agentur meldet, sind seit gestern früh keine Telegramme aus Frankreich hier in der Schweiz eingetroffen. Der Grund ist unbekannt.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

(Wegen Raummangel verspätet.)

17. Sitzung, Sonnabend, 26. Februar, vorm. 11 Uhr.

Am Ministertische: Sydow.

Die zweite Beratung des Etats der

Handels- und Gewerbeverwaltung

wird fortgesetzt.

Abg. Graef (kons.): Wir wünschen mögliche Förderung der nicht gewerksmäßigen provinziellen Arbeitsnachweiserbände. Der Gedanke einer öffentlichen Arbeitslosenversicherung erscheint uns verfrüht. Die großen finanziellen Anforderungen, die nach dem Kriege an uns herangetragen werden, lassen es uns nicht angezeigt erscheinen, solche Projekte, deren finanzielle Folgen unabsehbar sind, jetzt in Erwägung zu ziehen. Redner tritt weiter für einen Antrag Hammer ein, der ein Reichsgesetz wünscht, wonach die handwerklich hergestellten Lieferungen für das Meer und die Marine durch das Verbindungsgesamt des Deutschen Handwerks und Gewerbelamertages und die Zentralstellen der Handwerkskammern der deutschen Bundesstaaten zur korporativen Übernahme und Unterverteilung den sich darnachwerbenden leistungsfähigen Handwerkern, Lieferungsvereinigungen, Genossenschaften und Werkvereinigungen vorbehalten bleiben. Der Antrag richtet sich vor allem gegen den parasitären Zwischenhandel bei den Seeresierungen. Es muß alles gesehen, um eine breite Schicht mittlerer selbständiger Existenten dem Staate zu erhalten. (Bravo! rechts.)

Abg. Meher-Frankfurt a. D. (Opp.):

Unsere jastlichen Verhandlungen über den wirtschaftlichen Wiederaufbau nach dem Kriege sind die würdige Antwort auf die phantastischen Kriegsziele, mit denen sich in den letzten Tagen die Parlamente unserer Feinde beschäftigt haben. (Beifall.) Wir freuen uns des Ministerwortes von der werterzeugenden und wertsteigernden Kraft des Handels, und hoffen, daß sich nach dem Kriege nicht vergessen. Der Krieg hat auch die Grundlosigkeit vieler Angriffe gegen die Börse bewiesen. Wie hat man die Zulassung ausländischer Wertpapiere vor dem Kriege bekämpft. Heute erweitert sich der Besitz solcher Wertpapiere aus neutralen Ländern für unsere Währung geradezu als ein Glück. Den begabten Gelehrten von Mittel- und Fachschulen sollte in der Zukunft noch mehr Gelegenheit gegeben werden, zum einjährig-französischen Dienst zugelassen zu werden. Hat doch der Krieg die Bedeutung technischer Leistungen für das Militär erst ins rechte Licht gestellt. (Sehr richtig!) Die patriotischen Arbeitsnachweise müssen unter Ausschluß politischer Nebenwende mit allen Mitteln gefördert werden. Möge eine erweiterte Sozialpolitik dazu beitragen, die Angehörigen und Arbeiter in Gewerbe, Handel und Industrie zur Schaffensfreudigkeit anzuregen. (Beifall links.)

Abg. Wobary (Str.):

betont die Bedeutung der Handelsvertretung bei der Wahrnehmung der Interessen des Handwerks und begrüßt die Tätigkeit der Kriegshilfsklassen als einen Teil des Dankes, den man den Kriegern abzutragen habe.

Abg. Wisse (fr.):

Es muß alles gesehen, um die Angehörigen des Mittelstandes vor sozialem Herabstinken zu bewahren. Die Kriegshilfsklassen müssen bald und sorgfältig sein. Die Bestrebungen auf Schaffung einer deutschen Mode unterstützen wir.

Abg. Leinert (Soz.):

Mit der Errichtung der Kriegshilfsklassen sind wir durchaus einverstanden. Wir müssen aber völlig unparteiisch wirken. Was die neue deutsche Mode anlangt, so hat sie gleich in ihren ersten Anfängen Stoffspinneln erregt, weil man gerade in einer Zeit, wo mit Waren aus dem Ausland gespart werden mußte, die Frauenkleidung so gestaltete, daß viel mehr Stoff zu ihrer Herstellung notwendig war, als vorher. Demnach ist der kostliche Satz gedrückt, daß diese deutsche Mode wohl deutsch sei, aber nicht Mode. (Sehr richtig!) — Der Fortbildungsschulunterricht ist leider während des Krieges gekürzt worden durch zwangsweise Einführung militärischer Übungen. Wir sind nicht Gegner der militärischen Ausbildung überhaupt, denn wir fordern ja die Wehrhaftmachung des Volkes in unserem Programm auch bereits für die Jugend.

Zur Beitritt zu den Jugendkompanien

aber muß ein freiwilliger sein. Gegen die Einführung des Turnens in den Fortbildungsschulunterricht haben wir nichts, aber er darf nicht in dieser Weise umgedeutet werden. Dazu kommt, daß dieser militärische Unterricht am Sonntag nachmittags erteilt wird, wodurch die Familien auseinandergerissen sind. Wir erwarten, daß jedenfalls dieser Unterricht nur als Kriegswaßnahme gedacht ist. Vielleicht wird überhaupt die ganze Jugendausbildung reichsgefehllich geregelt. Die Summe, die im Etat für die nicht gewerksmäßige Arbeitsvermittlung ausgeteilt sind, sind viel zu gering. Auf dem Gebiete der gemeinnützigen Rechtsausübung haben die Arbeitersekretariate der Gewerkschaften gerade während des Krieges außerordentlich segensreich gewirkt. Ihre sachgemäßen

Auskünfte an die Witwen und Waisen

der Kriegsteilnehmer haben viel zur Verfügung der heiligsten Kreise beigetragen. Schwes entwarf ich mir dabei, daß der Minister es lieber geistlich vermeiden las, seine Anschauungen in der wichtigen Frage der Arbeitsnachweise auszuspähen. Der allem nach, worauf ich neulich auch schon hinwies, den Seelenverküßern, den Agenten, die im Auslande billige Arbeiter unter Vorbehaltung jastlicher Taschen nach Deutschland heranzuführen und mit ihnen schon draussen Verträge abzuschließen, die den Tarifen in Deutschland widersprechen, das Handwerk gelegt werden. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Trotz einer Verfügung des Kriegsministeriums vom September 1914 ist eine große Anzahl

kleiner Schiffer

zum Seeresdienst eingezogen worden, deren Schiffe nun ohne jede Macht daliegen. Wollen diese Leute ihre Schiffe in fiskalischen Hafen unterbringen, so müssen sie ein Lagergeld bezahlen, das in einem mit bekannten Falle 16 Mark alle vierzehn Tage beträgt. (Hört, hört!) Auf der anderen Seite wird die ganze Mannschaft der großen Reeder rekrutiert, weil der Verkehr nicht leiden kann. Stinnes hat 80 Schiffe auf dem Rhein. Davon können sehr gut 10 den kleinen Schiffen überlassen werden, damit sie auch etwas verdienen. Auf jeden Fall sollten die Schiffe dieser kleinen Schiffer von Ekanwegen vor dem Verfall geschützt werden und man sollte den kleinen Schiffen die Hoheitsgebühren erlassen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Behandlungsweise sind die Verträge der Gewerkschaften in diesem Jahre nicht erfüllt. Wir wissen deshalb nicht, wie weit von dem Gebiete Gebrauch gemacht worden ist, daß einzelne Arbeitsnachweiserbände durch den Reichsanwalt außer Kraft gesetzt werden können. Wir verlangen, daß dies nur im äußersten Notfalle geschieht. Gestern wurde viel von Säuglingsfürsorge gesprochen. Ebenso notwendig ist aber auch, die etwaigen Arbeiter zu schützen vor den Gefahren, die der Betrieb, die die Arbeit mit sich bringt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn die Gewerkschaft in Deutschland geteilter geworden ist, so ist das zweifellos auch auf die Wirkung der Arbeiterbewegungsvereine zurückzuführen. Nach einer Mitteilung des Reichs des Handels- und Gewerbeamtes müssen in Frankreich die Gewerkschaften in den Gewerkschaften mit Tag und Nacht in der Gewerkschaft arbeiten. Man gibt ihnen Kasse und Kasse, um die nachgehenden. Solche Zustände haben wir in Deutschland erprobungswürdig nicht. Daraus sollte ich, daß den gewerkschaftlichen

Handelsminister erklären wird, daß er sehr wohl die Macht besitzt, einzugreifen, wenn die Gesundheit der Frauen, Jugendlichen und Kinder in der Industrie gefährdet wird, daß er seinen ganzen Einfluß aufzubringen wird, um Frauen, Jugendlichen und Kinder vor Überarbeit zu schützen, und um die jetzt in vielen Fabriken notwendige Nacharbeit der Frauen auf das bestmögliche Maß herabzusetzen. Der Schutz der Arbeiter vor Gefahren im Betriebe ist auch während des Krieges eine Hauptaufgabe, die der Minister zu erfüllen hat. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Handelsminister Sydow:

Die wirtschaftliche und überlebenswichtige Bedeutung der Schaffung einer deutschen Mode erkenne ich an. Es soll verjüngliche der Magdeburger Kunstgewerbeschule ein Kursus angegliedert werden, in dem weibliche Personen im Entwurf von Damenkleidern ausgebildet werden. Die Textilschulen sind schon jetzt bemüht, unser Kunstgewerbe geschmackvoll zu gestalten. Der Fortbildungsschulunterricht ist während des Krieges aus Mangel an Lehrkräften vielfach unterbrochen. Da bieten die militärischen Übungen einen zweckmäßigen Ersatz. Aber es handelt sich hier nur um einen vorübergehenden Kriegszustand. Die Wichtigkeit der Arbeitsnachweise berkenne ich nicht. Die Regierung erkennt an, daß die Arbeitsnachweise der Arbeitgeber und die der Arbeitnehmer Gutes geleistet haben, aber sie gibt den Arbeitsnachweiser, die von Unparteiischen geleitet werden, doch den Vorzug. Die Beschwerden des Abg. Leinert über die Lage der Kleinschiffer gehören zum Ministerium der öffentlichen Arbeiten. Die Arbeiterbeschäftigung besteht in Deutschland nach wie vor. Von der Verweisung, allgemeine Ausnahmen zu erlassen, ist nirgends Gebrauch gemacht worden. Es sind nur Ausnahmen in Bezug auf die Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen von Fall zu Fall zugelassen worden, und dabei ist in Bezug auf eine ministerielle Verordnung die unbedingte Notwendigkeit solcher Ausnahmen zur Voraussetzung ihrer Zulassung gemacht worden. Daß bei Ausnahmefällen, der durch die Einberufungen der Männer notwendig wurde, über den Krieg hinaus nicht fortbestehen darf, ist klar. Mit dem Abgeordneten Leinert sage ich: Die Arbeiterbeschäftigung bleibt bestehen und die Vorschriften werden gewissenhaft beachtet, soweit es die Kriegsverhältnisse irgend zulassen. (Beifall.)

Abg. Hammer (kons.) ändert seinen Antrag in dem von dem Minister gewünschten Sinne.

Abg. Dr. Levy (nfl.): Bei den Ausnahmen von den Arbeiterbeschäftigungen handelt es sich nur um Kriegsmassnahmen. Die Bestrebungen auf Schaffung einer deutschen Mode müssen sich von Überreibungen fernhalten, denn unser Export in Modeartikeln ist viel größer als die Einfuhr. Damit schließt die Debatte. Der Etat wird bewilligt, der abgeänderte Antrag Hammer einstimmig angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Aufgabe und Fortsetzung der Etatberatung.)
Schluß 3 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Rundgebung der Tabakarbeiter zur Tabaksteuerung.

Die bereits angekündigte, beschlossene die Reichsregierung dem im März zu erwartenden Reichstag für eine Tabaksteuererhöhung zu unterbreiten, nach der neben den 200 Millionen Mark, die die Tabakindustrie bereits zu tragen hat, weitere 200 Millionen Mark aus ihr herausgeholt werden sollen, und zwar durch eine schematische Erhöhung der bisherigen Tabaksteuerung. Demnach werden die Inlandsteuer, der Zoll und die Werksteuer erhöht. Für die Zigarettenindustrie ist eine Kriegsmark zur bedenklichen Vordereileitung geplant.

Die drei Organisationen der Tabakarbeiter, Deutscher Tabakarbeiterverband, Zentralverband christlicher Tabakarbeiter und Gewerkschaft der deutschen Zigaretten- und Tabakarbeiter (G.-D.) nahmen in einer in Frankfurt a. M. abgehaltenen Konferenz Stellung zu den Tabaksteuerplänen und beschlossen eine Rundgebung gegen jede weitere Belastung der deutschen Tabakindustrie. Der Protest wurde ausführlich begründet:

„Sollten sich dennoch Regierung und Reichstag zu einer weiteren Belastung der Tabakindustrie entschließen, so legt die deutsche Tabakarbeiterchaft voraus, daß eine Form gewählt wird, welche am wenigsten geeignet ist, die Industrie, insbesondere die Arbeiterchaft, zu schädigen; es sollte laut die schematische Erhöhung der Inlandsteuer, des Zolles, der Werksteuer, wie auch die Einführung der „Kriegsmark“ für Zigaretten nicht angelehnt werden.“

Die deutsche Tabakarbeiterchaft legt weiter voraus, daß Regierung und Reichstag die durch eine etwaige weitere Belastung der Tabakindustrie arbeitslos werdenden und in Not geratenen Tabakarbeiter und Arbeiterinnen ersatzlos werden, wie sie auch anderen, durch den Krieg geschädigten Teilen der Bevölkerung ihre Fürsorge zugewandt haben.“

Ausricht im Verbands der Kupferindustrie. Durch den Tod des bisherigen ersten Vorsitzenden und Redakteurs Sauer machte sich eine Erziehung notwendig. Zentralauschuss und Vorstand, denen nach dem Statut des Verbandes diese Wahl, sofern sie sich während einer Amtsperiode notwendig macht, obliegt, haben den bisherigen zweiten Verbandsvorsitzenden H. Secht einstimmig zum ersten Vorsitzenden und Redakteur des „Kupferworts“ gewählt. Die Stellung als zweiter Vorsitzender und Vizepräsident wurde unter den Verbandsgliedern ausgeschrieben. Unter den vier Bewerbern wurde der bisherige Vorsitzende des Zentralauschusses Paul Kabe-Tresden gewählt; er wird zum 1. März 1916 die Stellung antreten.

Eine am 20. Februar 1916 im Gewerkschaftshaus zu Berlin tagende Konferenz der Bezirksleiter, des Zentralauschusses und Verbandsvorsitzender bestätigte diese Wahl.

